

Anforderungen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) an die künftige Regierungspolitik

Die Herausforderungen für die nächste Bundesregierung sind groß. Deutschland muss so umgebaut werden, dass die Menschen klimaneutral leben, arbeiten und produzieren können. Gleichzeitig braucht es mehr soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit sowie eine moderne Daseinsvorsorge und Infrastruktur. In diese Zukunft muss investiert werden. Damit der Aufbruch gelingt, sind die folgenden Anforderungen wesentlich:

Arbeit der Zukunft

Arbeit der Zukunft kennzeichnet sich dadurch aus, dass sie sicher ist, gut entlohnt wird, nicht krank macht und zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe der Menschen führt. Das stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und somit die Demokratie. Deshalb fordern wir von der künftigen Regierungspolitik:

1. Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde. Das verbessert die Arbeits- und Lebenssituation von rund 10 Millionen Beschäftigten.
2. Die Einführung eines Bundestariftreuegesetzes (auch für Bundesunternehmen).
3. Flächendeckende Tarifverträge in der Altenpflege und im Handel.
4. Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen.
5. Ausbau der betrieblichen- und Unternehmensmitbestimmung, die Mitbestimmungsvermeidung durch europäisches Gesellschaftsrecht muss beendet werden.

Moderner Sozialstaat

Ein moderner Sozialstaat lässt keine(n) zurück, stärkt die öffentliche Daseinsvorsorge und sichert die Lebensrisiken, wie beispielsweise Krankheit und Altersarmut ab. Deshalb fordern wir von der künftigen Regierungspolitik:

1. Die Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus auf 48 Prozent über das Jahr 2025 hinaus.
2. Einführung einer Bürgerversicherung in der Pflege.
3. Bedarfsorientierte Finanzierung der Krankenhäuser (Überwindung der Fallpauschalen) und eine bessere Investitionspolitik von Bund und Ländern.
4. Verbindliche bundesweite Personalbemessungssysteme in der Altenpflege, den Krankenhäusern und Qualitätsschlüssel in den Kitas.

Sozial-ökologischer Umbau

Der ökologische Umbau kann nur gelingen, wenn massiv in den Umbau der entsprechenden Infrastrukturen investiert und er sozial ausgestaltet wird. Deshalb fordern wir von der künftigen Regierungspolitik:

1. Planungssicherheit durch einen langsam und kontinuierlich steigenden CO₂-Preis. Die staatlichen Mehreinnahmen müssen durch ein sozial gestaffeltes Energiegeld an Haushalte mit mittleren und geringen Einnahmen zurückfließen.
2. Der Kohleausstieg muss konsequent sozialverträglich organisiert werden. Kohlekraftwerke sind auf Erdgas und perspektivisch auf grünen Wasserstoff in Kombination mit Kraft-Wärme-Kopplung mit dem Ziel Versorgungssicherheit umzustellen. Die Rolle von Wasserstoff auch bei kommunaler Ver- und Entsorgung ist zu stärken.

3. Massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE), Aus- und Umbau der Stromnetze sowie mehr Strom- und Wärmespeicher. EE-Ziele für 2030 an realistischen Stromverbrauch anpassen.
4. Investitionsoffensive für den Ausbau des ÖPNV-Angebots (Verdoppelung bis 2030) einschließlich des entsprechenden Personalaufbaus (100 000 Neueinstellungen bis 2030).

Steuern und Investitionen

Deutschland braucht ein Jahrzehnt der Investitionen, für Klimaschutz, Arbeit, Infrastruktur und Soziales. Deshalb fordern wir von der künftigen Bundesregierung:

1. Jährlich Mehrinvestitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge in Höhe von mindestens 45 Milliarden Euro über 10 Jahre hinweg.
2. Mindestens eine Reform der Schuldenbremse, um für die notwendigen Investitionen Kredite aufzunehmen. Alternativ könnte ein öffentlicher Investitionsfonds eingerichtet werden, der die notwendigen Finanzmittel einsammelt und die zentralen Investitionsvorhaben umsetzt.
3. Einen Altschuldenfonds für finanzschwache Kommunen, die von finanziellen Altlasten befreit werden.
4. Ein gerechteres Steuersystem, das „unten“ entlastet und „oben“ belastet.